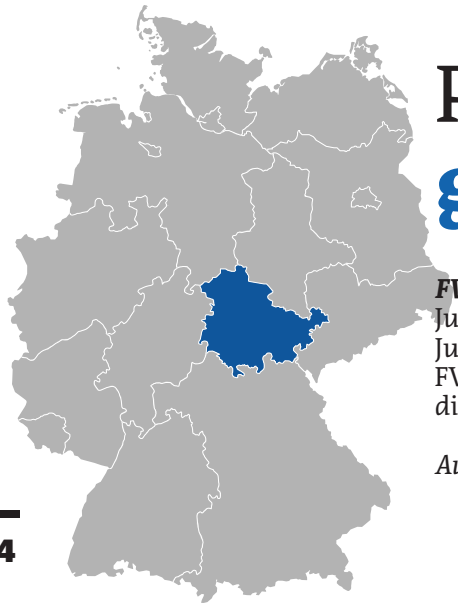


Potenzial erkennen und **gemeinsam nutzen**

FVDZ-Landesverband Thüringen. Mit einer musikalischen Eröffnung eines Jugend-Musiziert-Duos aus der MKS in Jena hat Dr. Elisabeth Triebel im Juni die Teilnehmer der Landesversammlung zum 35-jährigen Bestehen des FVDZ Thüringen begrüßt. Während der Versammlung wurde ausgiebig über die aktuelle Gesundheitspolitik diskutiert, und es gab Vorstandswahlen.

Autorinnen: Dr. Birgit Götzrath und Dr. Elisabeth Triebel

Nach der Eröffnung der Landesversammlung standen zunächst die Grußworte von Dr. Peter Pangert, Vizepräsident der LZK Thüringen, Roul Rommeiß, stellvertretender Vorsitzender KZV Thüringen, und dem FVDZ-Bundesvorsitzenden Dr. Christian Öttl auf dem Programm. Öttl lobte die enge Zusammenarbeit der Körperschaften mit dem FVDZ auf Bundesebene und die Einigkeit gegenüber dem problematischen Gesundheitsreformgesetz. Er warnte vor den drastischen Folgen der geplanten Gesundheitsreform.

Neuer Vorstand gewählt

Während der gesamten Landesversammlung fand eine rege Diskussion zu allen Themen statt, insbesondere die vorgesehenen Leistungseinschnitte, von denen Tausende Patienten direkt betroffen wären. „Die umstrittenen Sparpläne der Politik stellen eine massive Gefahr für die flächendeckende und hochwertige zahnmedizinische Versorgung unserer Patienten dar. Patienten brauchen auch in Zukunft einen verlässlichen Zugang zu Behandlungen auf dem neuesten Stand der Wissenschaft“, lautete der einstimmige Konsens.

Bei der Landesversammlung wurde auch der alte Vorstand als neuer Vorstand einstimmig bestätigt, wobei eine Umstrukturierung stattfand. Der neue Vorstand: Dr. Elisabeth Triebel, Landesvorsitzende Thüringen. Dr. Birgit Götzrath, stellvertretende Vorsitzende, Dr. Stefan Döllmann, 1. Beisitzer, Dr. Anke Griebel, 2. Beisitzer. Zusätzlich wurden auch die Kassenprüfer und ihre Stellvertreter gewählt.



V. l. n. r.: Dr. Stefan Döllmann, Dr. Elisabeth Triebel, Dr. Birgit Götzrath (alle Vorstand), Ingo König (apoBank)

Rege Diskussion: Dr. Cornelia Otto, Dr. Uwe Tischendorf (Vorstand Sachsen)



Kritik am Gesundheitsreformgesetz

Sehr viel Raum nahm die Diskussion über das zu dem Zeitpunkt noch geplante Gesundheitsgesetz der Bundesregierung ein. Es waren sich alle Teilnehmer einig, dass eine Ausgrenzung der kieferorthopädisch tätigen Kollegen und damit ein Eingriff in die zahnmedizinische Berufsordnung nicht akzeptabel ist. Dies sollte auch noch mit dem Antrag gegen Bedarfsplanung, was immer noch droht, und der Ablehnung jeglichen Eingriffs in die Berufsordnung verdeutlicht werden.

Investition in Köpfe

Ein Diskussionspunkt war der Zahnärztemangel, verursacht durch die demografische Entwicklung. Die Grundlagen für den Nachwuchs in den Praxen müssen an den Hochschulen gelegt werden. Eine signifikante Aufstockung der Studienplätze und der Ausbau von Förderprogrammen muss absolute Priorität haben.

Nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung von Politik und Hochschulen lässt sich die bereits bestehende Versorgungslücke reduzieren.

Die Landesversammlung, einschließlich ihrer Gäste aus den benachbarten Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt war sich einig, dass nur durch das geschlossene, überregionale Auftreten aller Mitglieder der drohende Strukturwandel im zahnärztlichen Berufsstand aktiv gestaltet werden kann. Diese aktive Zusammenarbeit ist das Fundament, um die zahnärztliche Versorgung zu sichern und die Politik spürbar in die Pflicht zu nehmen.

Nur gemeinsam gestalten alle Mitglieder die Zukunft des Berufsstandes – für die Kolleginnen und Kollegen und für das Wohl der Patientinnen und Patienten. ■